

Nicht benötigt, nicht erwünscht, nicht erlaubt! Widerstand gegen Tiefseebergbau im Pazifik und in Deutschland



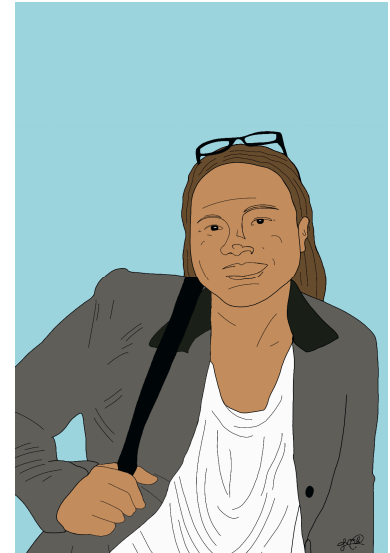
„Der Pazifik steht für eine romantische Oase mit ganzjährigem Sonnenschein und Sandstränden. Für die meisten geht es beim Tiefseebergbau um den Gewinn, um die beste Maschine, um die beste Technologie für den Abbau in der Tiefe, um Gier. Aber der Tiefseebergbau stellt eine große Bedrohung dar, weil er unsere Heimat und unsere Lebensgrundlage zerstört“, sagt Tita Kara vom Civil Society Forum der pazifischen Insel Tonga. Der Meeresboden vor dem Inselstaat im Pazifik ist neben den Cookinseln einer der Orte, an denen Firmen in Zukunft Tiefseebergbau betreiben wollen. Denn dort befinden sich große Vorkommen an Manganknollen, die Kobalt, Nickel und Mangan enthalten. Diese sollen mit schwerem Gerät am Meeresboden abgegraben werden, wobei artenreiche und endemische Lebensräume durch den Abbau, entstehenden Sedimentwolken, Lärm und Licht gestört und zerstört werden.¹

Tiefseebergbau gilt der Politik und Wirtschaft als Möglichkeit.² Internationale Unternehmen argumentieren, dass die Lieferung der für die Energiewende benötigten Rohstoffe so gewährleistet werden könne. Tiefseebergbau soll dabei als neue Rohstoffquelle dienen (und Abhängigkeiten mildern), würde vor allem aber Profite der Bergbauunternehmen maximieren.³ Dabei werden die Risiken größtenteils ignoriert: Es ist zu erwarten, dass der Tiefseebergbau durch das Abgraben des Meeresbodens die sensiblen Meeresökosysteme beschädigen oder dauerhaft zerstören wird.⁴

Obwohl es laute Stimmen aus dem Pazifikraum gibt, die sich gegen Tiefseebergbau aussprechen, werden sie in den politischen Entscheidungen (in Ländern wie Deutschland aber auch in Ozeanien selbst) bisher kaum berücksichtigt. Es ist endlich an der Zeit, diesen Stimmen Gehör zu schenken. Hierfür wurden Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Tonga, den Cookinseln und Neuseeland durchgeführt.

Wer ist aktiv gegen Tiefseebergbau in Ozeanien?

Lokale Initiativen, Kirchen, Küstengemeinschaften, Fischer*innen und Umwelt- und Entwicklungsorganisationen gestalten diesen wichtigen Kampf. Die Pacific Conference of Churches (PCC), Pacific Islands Association of Non-Governmental Organisation (PIANGO), Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN) und das Pacific Network on Globalisation (PANG) haben Kampagnen und Stimmen gegen Tiefseebergbau aus der ganzen Region hinter dem „Blue-Line-Statement“ geeint. Sie fordern ein Verbot im Pazifik und in der Hohen See.⁵



Perspektiven aus dem Pazifik

Te Ipukarea Society, Die Cookinseln: Kate McNessar (links) und Terena Koteka-Wiki (Mitte)

Kate McNessar, Senior Project Officer bei der Te Ipukarea Society auf den Cookinseln, kritisiert, dass grüne Technologien wie Elektromobilität als Rechtfertigung für den Tiefseebergbau genutzt werden: *„Wir müssen Rohstoffe wiederverwenden und eine Kreislaufwirtschaft schaffen. Diesem Thema wird nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet; Tiefseebergbau scheint mir eine weitere Rohstoffindustrie zu sein, die durch die Notwendigkeit von intelligenten Technologien gerechtfertigt oder ‚grün gewaschen‘ wird.“* Te Ipukarea Society drängt bei ihrer Kampagne auf ein Moratorium für den Tiefseebergbau. Die Organisation versucht, die Regierung der Cookinseln dazu zu bewegen, die schädlichen Auswirkungen des Tiefseebergbaus ernst zu nehmen. Kate erörtert das mit den Worten: *„Unsere Regierung hat Gesetze und Vorschriften zu Tiefseebergbau erlassen und ursprünglich war das Gesetz recht streng. Inzwischen wurde es aber überarbeitet und ist deutlich bergbaufreundlicher geworden.“*

Alliance of Solwara Warriors, Papua-Neuguinea

„Ich bin überzeugt, dass wir uns alle solidarisch zeigen sollten, um den Tiefseebergbau in unserem Gebiet zu verbieten, denn das Meer hat keine Grenzen. Wenn das marine Ökosystem betroffen ist, ist jeder überall gefährdet“, so Jonathan Mesulam, Sprecher für die Alliance of Solwara Warriors aus Papua-Neuguinea.⁶ Im Jahr 2011 erhielt das kanadische Unternehmen Nautilus Minerals von der papua-neuguineischen Regierung eine Lizenz für den Abbau mineralienreicher hydrothermalen Schloten auf dem Meeresboden in der Bismarcksee vor Papua-Neuguinea. Das anvisierte Projektgebiet „Solwara 1“ liegt nur 30 Kilometer vor der Küste. Dank der Alliance of Solwara Warriors, einem Zusammenschluss von lokalen Aktivist*innen, Kirchenvertreter*innen, Fischer*innen und Küstenbewohner*innen, musste Nautilus Minerals das geplante Abbauvorhaben mehrmals verschieben und mittlerweile beenden. Der Widerstand gegen Nautilus Minerals in Papua-Neuguinea war und ist ein wichtiges Signal gegen Tiefseebergbau – im Land, in der Region und global.

Civil Society Forum Tonga (CSFT), Tonga: Pelenatita (Tita) Kara (rechts)

Pelenatita (Tita) Kara ist Koordinatorin für Tiefseebergbau des CSFT in Tonga. Über die Rolle der tongaischen Regierung sagt sie: *„Viele Politiker*innen sind mit dem Tiefseebergbau nicht sehr vertraut. Wir arbeiten also an einem Informationspaket, das alle relevanten Informationen enthält. Aber ich frage mich, warum wir als zivilgesellschaftliche Vertreter*innen der Regierung beweisen müssen, dass Tiefseebergbau gefährlich ist? Die Beweislast sollte auf den Schultern der Regierung liegen. Sie sollte uns Menschen, den Steuerzahler*innen beweisen, dass Tiefseebergbau eine Lösung für unsere staatlichen Schulden ist. Aber das tut sie nicht.“* Bei einer Besprechung zwischen Akteur*innen der Kirche, der Zivilgesellschaft sowie Jugendgruppen und Mitgliedern des Fischerei- und Tourismussektors auf den fünf Inseln Tongas, sprachen sich alle Vertreter*innen für ein Verbot des Tiefseebergbaus aus.



Deep Sea Conservation Coalition, Neuseeland: Phil McCabe

Auch Phil McCabe, Pacific Liaison bei der Deep Sea Conservation Coalition in Neuseeland, setzt sich gegen die Ausbeutung der Ozeane für die Rohstoffsicherung im globalen Norden ein: „Die Einführung von Elektrofahrzeugen kommt den pazifischen Inselvölkern nicht zugute, da diese in ihrem täglichen Leben auf einen voll funktionierenden, gesunden und reichhaltigen Ozean angewiesen sind. Die Vorstellung, dass der globale Norden den pazifischen Völkern die Auswirkungen seines übermäßigen Konsums auferlegt und ein gravierendes Ungleichgewicht in der Ressourcenverteilung aufrechterhält, ist einfach nicht in Ordnung.“ Er drängt auf ein Verbot des Tiefseebergbaus und begrüßt den institutionellen Rahmen Neuseelands. Die neuseeländische Regierung habe Gesetze erlassen, um den Tiefseebergbau zu regulieren, so Phil: „Letztendlich gab es von Unternehmen drei Anträge für erhoffte Tiefseebergbauprojekte und alle drei haben die von der Gesetzgebung gesetzte Messlatte nicht erreicht.“ Kürzlich beschloss das oberste Verfassungsgericht in

Neuseeland, die Bergbaugenehmigung des Unternehmens Trans-Tasman Resources zu widerrufen, womit ein wichtiges Tiefseebergbau-Projekt nicht stattfinden darf.⁷

Nauru und die „Zwei-Jahres-Regel“

Im Juni 2021 zog der pazifische Inselstaat Nauru auf internationaler Ebene große Aufmerksamkeit auf sich.⁸ Die Regierung Naurus berief sich auf eine Klausel des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, um die „Zwei-Jahres-Regel“ auszulösen. Damit haben die Mitgliedsstaaten der Internationalen Meeresbodenbehörde (engl. ISA) zwei Jahre Zeit, alle Regelungen für den Tiefseebergbau fertig zu verhandeln – ansonsten können Tiefseebergbaulizenzen auf Grundlage unfertiger Regularien ausgestellt werden. Angesichts der Komplexität der ISA-Verhandlungen und des weltweiten Widerstands gegen Tiefseebergbau ist zu befürchten, dass dieser dann zulasten von Umweltschutz und Menschenrechten und ohne angemessene demokratische Beschlüsse beginnen wird. Aus dem Pazifikraum reagierten die zivilgesellschaftlichen Organisationen PCC, PIANGO, DAWN und PANG mit einer gemeinsamen Pressemitteilung auf das Vorgehen Naurus und kritisierten den Einfluss internationaler Bergbauunternehmen auf den Inselstaat. „Das pazifische Bündnis ist der Meinung, dass die Regierung Naurus von DeepGreen dazu überredet wurde, diese Maßnahme unter dem Vorwand zu ergreifen, dass die Dringlichkeit der Klimakrise den Beginn des Abbaus in zwei Jahren erfordere. Dies wurde getan, ohne die potenziell weitreichenden Umweltschäden zu berücksichtigen, die durch den Tiefseebergbau entstehen können. Diese Schäden könnten dazu führen, dass die jetzige und künftige Regierung Naurus sowie die Bevölkerung des Landes für Umweltfolgen haften müssen, die zum jetzigen Zeitpunkt weder absehbar noch abschätzbar sind.“⁹

Perspektiven aus Deutschland

Arbeitsgruppe Tiefseebergbau, Deutschland

Auch zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland, die in der AG Tiefseebergbau zusammenarbeiten,¹⁰ fordern von der Bundesregierung ein entschiedenes Verbot von Tiefseebergbau.¹¹ Diese Position macht die Koordinatorin der AG Tiefseebergbau, Marie-Luise Abshagen, deutlich: „Tiefseebergbau darf nicht stattfinden. Schon jetzt werden wir als Gesellschaft von dieser zerstörerischen Wirtschaft dominiert. Dabei sehen wir doch bereits jetzt, wie sehr die Meere belastet sind durch Plastik, durch den Klimawandel, durch die Zerstörung von Küstenökosystemen. Notwendig ist eine Wirtschaft, die den Planeten nicht zerstört und die mit den Ressourcen, die wir bereits aus der Erde geholt haben, besser umgeht. Das muss endlich Priorität in der Politik haben, im Zweifelsfall auch gegen Konzerninteressen.“

Fazit

Von Tonga über Neuseeland bis Deutschland widersprechen zivilgesellschaftliche Gruppen den Vorhaben, in der Tiefsee metallreiche Rohstoffe zu fördern. Sie wissen, dass die Auswirkungen des Tiefseebergbaus die Lebensgrundlagen und wichtigen Ökosysteme im Pazifik und in den weltweiten Meeren gefährden. Da auch Deutschland, als einer der größten Rohstoffimporteure, eine Verantwortung trägt, sollte die zukünftige Bundesregierung folgende Forderungen umsetzen:

1. Stopp aller Vorhaben und politischer Initiativen zum Abbau mineralischer Ressourcen in der Tiefsee. Dies umfasst die sofortige Beendigung der wirtschaftlichen Förderpolitik im Bereich Tiefseebergbau.
2. Einleitung und Umsetzung einer Rohstoffwende in Deutschland, die die Reduktion des absoluten Rohstoffverbrauchs auf ein global gerechtes Niveau vorsieht.
3. Umsetzung einer Kreislaufwirtschaft, die Rohstoffkreisläufe schließt und Rohstoffe einspart.

4

Diese Publikation wird von



im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein PowerShift e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH oder des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Quellenverzeichnis

- 1 Gnant, Elena (2021): Das unbekanntes Mangan – Zerstörung an Land und Bedrohung für die Tiefsee?!, Hg: PowerShift e.V., Berlin, <https://power-shift.de/die-vergessenen-batterierohstoffe-das-vergessene-mangan-zerstörung-an-land-und-bedrohung-in-der-tiefsee/>.
- 2 CDU, CSU, SPD (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode, Berlin, https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1.
- 3 Bolger, Meadhbh; Marin, Diego; Tofighi-Niaki, Adrien; Seelmann, Louelle (2021): 'Green mining' is a myth: The case for cutting EU resource consumption; Hg: Friends of the Earth Europe, European Environmental Bureau, Brüssel, <https://friendsoftheearth.eu/publication/green-mining-myth-report/>.
- 4 AG Tiefseebergbau (2021): Wer wir sind, <https://www.stoptiefseebergbau.de/wer-wir-sind> (letzter Zugriff: 25.11.2021).
- 5 The Pacific Blue Line (2021): Deep Sea Mining is Not Needed, Not Wanted, Not Consented!, <https://www.pacificblue-line.org/> (letzter Zugriff: 24.11.2021).
- 6 CIVICUS (2020): PAPUA NEW GUINEA: 'If we allow seabed mining everyone is at risk', <https://www.civicus.org/index.php/media-resources/news/interviews/4275-papua-new-guinea-if-we-allow-seabed-mining-then-we-may-just-call-for-the-end-of-humanity> (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- 7 McVeigh, Kate (2021): New Zealand supreme court blocks seabed mining consent. The Guardian, <https://www.theguardian.com/environment/2021/oct/01/new-zealand-supreme-court-blocks-seabed-mining-consent>.
- 8 Lyons, Kate (2021): Deep-sea mining could start in two years after Pacific nation of Nauru gives UN ultimatum. The Guardian, <https://www.theguardian.com/world/2021/jun/30/deep-sea-mining-could-start-in-two-years-after-pacific-nation-of-nauru-gives-un-ultimatum>.
- 9 AG Tiefseebergbau (2021): Pazifische Organisationen fordern Verbot von Tiefseebergbau, <https://www.stoptiefseebergbau.de/neuigkeiten/pazifische-organisationen-fordern-verbot-von-tiefseebergbau> (letzter Zugriff: 23.11.2021).
- 10 Die AG besteht aus den Organisation Brot für die Welt, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Fair Oceans, Forum Umwelt und Entwicklung, Misereor, Ozeanien-Dialog, PowerShift, Stiftung Asienhaus ua.
- 11 AG Tiefseebergbau (2018): Nein zum Raubbau an der Tiefsee! Positionspapier Zivilgesellschaftlicher Akteure zum Tiefseebergbau, Berlin, <https://ak-rohstoffe.de/wp-content/uploads/2018/07/Positionspapier-Tiefseebergbau-web.pdf>

Impressum

Herausgeber:

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: +49 30 42 805 479

Web: <https://power-shift.de>

E-Mail: info@power-shift.de

Autorin: Emma Jacoby

Redaktion: Hannah Pilgrim, Michael Reckordt

Endredaktion: Vanessa Fischer

Layout, Satz & Reinzeichnung:

Tilla Balzer | buk.design

Bilderdesign: María José Sarmiento Isaac,

boesarmiento28@gmail.com

Berlin, Dezember 2021